

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

UBISHI  
IGER

HLUNG

Boot  
seum

as U-Boot  
getriebene  
tag seine  
len Hafen  
vom Sta-  
t eines U-  
eine Pfor-  
fahrt der  
Kilometer  
regann im  
rte durch  
ag werden

at das U-  
er zurück-  
Atom-  
korde ge-  
erstes U-  
dopol. Die  
Dollar ge-  
U-Boote  
Regierung  
dollar aus-

ie

ijährigem  
Lawrence  
tikdiplom  
- und das  
normale  
nie» noch  
ochschule  
zu Hause  
macht der  
pass. Wie  
stens drei  
eben, um  
werben.  
plom be-  
ys erst in  
an Regeln  
kann ein  
tudienzeit  
normaler-  
man zur

US

n vergan-  
gnis von  
Häftlinge  
der Nähe  
rung aus  
worden.  
ige Stun-  
wie die  
ilte. Die  
den sich

nd Prim-  
erstag  
zen kön-  
skonzert  
n Londo-  
gemein-  
ns einen

nen be-  
n «Din-  
zu tan-  
gegen die  
schreiten  
Knopfler  
tanzen-  
h auszie-  
für den  
g stellen-  
nds wer-

Beat be-  
ta zu den  
Klassik-  
Fakt und  
na sicht-  
emmung  
ach dem  
der hit-

## AKTUELL

### Heftige Angriffe Strauss auf SPD

Vor rund 250 Delegierten des CSU-Parteiausschusses in Nürnberg, griff Strauss am Samstag die Sozialdemokraten ungewöhnlich scharf an. An die CDU richtete er im Rahmen dieses kleinen Parteitagges die Mahnung, dem Wähler müsse durch glaubwürdige Politik klargemacht werden, warum er die Union wählen solle. Strauss bekannte sich zum Verbleib der CSU in der Koalition.

### Wahlerfolg Mugabes

Als klarer Wahlsieger ist Ministerpräsident Robert Mugabe aus den Parlamentswahlen in Zimbabwe hervorgegangen. Seine ZANU-PF-Partei errang 63 von 80 Sitzen.

## Ruggeller Radsport-Weekend: Clavadetscher guter Vierter

(Mad) - An der 22. Int. Schellenberg-Rundfahrt, im Rahmen des Ruggeller Radsport-Weekends, kam es gestern vor einer grossen Zuschauerkulisse zu einem überraschenden Sieg des Schweizer Edi Kägi. Kägi setzte sich im Sprint gegen Thedy Rinderknecht und Rocco Cattaneo durch. Nur 10 Sekunden zurück folgte auf dem 4. Platz Andreas Clavadetscher, der damit zugleich seinen Landesmeister-Titel erfolgreich verteidigte. Bei hochsommerlichen Temperaturen beendeten nur 25 der 87 gestarteten Fahrer die anforderungsreiche Prüfung. Im Juniorenrennen feierte Remo Guntli (VC Vaduz) am Samstag einen grossartigen Sieg.



Andreas Clavadetscher (links) auf seiner erfolgreichen Fahrt beim beschwerlichen Aufstieg nach Schellenberg. Im Hintergrund der nachmalige Sieger Kägi.

## Liechtensteiner Fussball-Cup

### Auslosungen 1. Runde mit Schlager USV - Balzers

Im Rahmen der LFV-Delegiertenversammlung am vergangenen Freitag im Rest. Falknis in Vaduz wurde die 1. Runde im Liechtensteiner Cup 1985/86 ausgelost. Während der FC Vaduz als Titelverteidiger ein Freilos erhielt, kommt es im Sportpark zum Schlagerspiel USV Eschen/Mauren gegen den FC Balzers. Mit dem FC Ruggell und dem FC Schaan stehen sich zwei Drittligisten gegenüber. Viertligist Triesenberg trifft zuhause auf den FC Triesen. Die Spiele werden zwischen dem 23. und 28. September ausgetragen. Vorgezogen auf den August wird voraussichtlich die Partie USV gegen Balzers.

## Umweltzusammenarbeit mit Österreich und Schweiz

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz als Gesprächspartner des Liechtensteiner Presseclubs



Sprachen sich für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein hinsichtlich des Umweltschutzes aus: Bundeskanzler Dr. Sinowatz und Regierungschef Hans Brunhart vor dem Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC). Unsere Aufnahme zeigt die Gesprächsteilnehmer für die internationale Presse am Freitag im Hotel Schlössle in Vaduz. Von links erkennen wir LPC-Präsident W. B. Wohlwend, Regierungschef Brunhart, Bundeskanzler Dr. Sinowatz und Vizeregierungschef Hilmar Ospelt.

Der offizielle Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Fred Sinowatz hat zu keinem konkreten Ergebnis hinsichtlich einer weiteren Vereinbarung zwischen den beiden Staaten geführt. Bundeskanzler Sinowatz wie auch Regierungschef Hans Brunhart sprachen sich vor dem Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein in bezug auf den Umweltschutz aus. Allerdings liegen auch für diesen Bereich noch keine Details über die angestrebte Kooperation vor.

Zum Abschluss seines knapp zweitägigen Besuchs stellte sich Bundeskanzler Fred Sinowatz zusammen mit Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt

als Gast den Fragen der Journalisten im Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC). Zu Beginn des Zusammentreffens mit den Medienvertretern gaben Sinowatz und Brunhart auf eine Aufforderung von LPC-Präsident Walter B. Wohlwend eine kurze Stellungnahme zu diesem zwischenstaatlichen Gedankenaustausch ab. Sinowatz betonte dabei, dass Österreich und Liechtenstein trotz unterschiedlicher Grösse eigentlich die gleichen Probleme zu bewältigen hätten. Man sei übereingekommen, dass Fragen im bilateralen Bereich gemeinsam gelöst werden sollten und dass im Zuge einer verstärkten internationalen Präsenz Liechtensteins im Ausland weiterhin zusammengearbeitet werde. Sinowatz unterstrich bei seinen Ausführungen auch die Sonderstellung der neutralen Staaten

in Europa, insbesondere was die Einhaltung der Menschenrechte, die Stabilität im Innern, das internationale Ansehen sowie den Wohlstand der Bevölkerung betreffe. Die Überschaubarkeit der drei Länder Österreich, Schweiz und Liechtenstein habe sicher dazu beigetragen, dass sie ein stabiles Element in Europa darstellten.

### Keine gravierenden Probleme

Regierungschef Brunhart betonte bei seinen kurzen Worten das freundschaftliche Einvernehmen zwischen Österreich und Liechtenstein und bemerkte, die zwischen den beiden Staaten geschlossenen Vereinbarungen hätten sich sehr positiv entwickelt. Als konkreten Gesprächspunkt erwähnte Brunhart die geplante

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Wien: Die OPEC-Minister weiterhin zerstritten

Auch fünfte Verhandlungsrunde ohne Durchbruch - Formeller Konferenzbeginn nicht abzusehen

Wien (AP) - Auch nach der fünften Runde der «beratenden Sitzungen» der 13 Minister der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) war am Sonntag noch keine Einigung des zerstrittenen Ölkartells über die künftige Preis- und Förderpolitik absehbar. Der indonesische Ölminister Subroto sagte nach der Vormittagsgesprächsrunde in Wien, es bestehe «mehr oder weniger prinzipielle Einigung» darüber, die Förderquoten des Kartells saisonal schwanken zu lassen. Auch wolle die OPEC trotz des Druckes auf dem Weltmarkt an ihrem gegenwärtigen Richtpreis von 28 Dollar je Barrel festhalten.

Auch am Sonntag hatte die eigentlich für Freitag angesetzte formelle 74. Sommerkonferenz der Organisation noch nicht begonnen. Es wurde nicht mehr ausgeschlossen, dass die Konferenz überhaupt nicht zustande kommen könnte. Erst nach einer formellen Konferenzöffnung wären die Minister beschlussfähig. Für den späten Sonntag nachmittag war eine weitere vorbereitende Sitzung angesetzt, die sechste in drei Tagen.

Subroto unterstrich in seiner kurzen Stellungnahme, dass das Ölkartell nach wie vor entschlossen sei, seinen Marktanteil und seinen Preis zu verteidigen. Die

Richtpreise werden jedoch nach Angaben von westlichen Ölexperten bereits seit längerem von allen Kartellmitgliedern unterboten. Der indonesische Ölminister wies darauf hin, dass, wie bereits am Samstag, nach wie vor die Schaffung einer gemeinsamen Kontroll- und Marketing-Organisation des Ölkartells diskutiert werde. Er machte jedoch keine Angaben darüber, wie eine solche Organisation im Detail arbeiten sollte.

### Kein Weg aus der Krise in Sicht

Bei Beobachtern der Wiener Tagung wuchs unterdessen der Eindruck, dass sich die Ölminister bisher nicht auf einen gemeinsamen Weg aus der gegenwärtigen schwersten Krise ihres 25jährigen Bestehens einigen konnten. Ungewöhnlich war auch, dass die sonst relativ auskunftsfreudigen Minister sich während der dreitägigen Tagung bisher kaum zu Stellungnahmen bereitfanden. Der saudiarabische Ölminister Scheich Achmed Saki Yamani zeigte sich bisher nicht vor den rund 150 wartenden Journalisten. Er hatte vor der Wiener Tagung gedroht, den Ölmarkt zu überschwemmen und dadurch die Preise zu drücken, falls sich die Partnerländer nicht an die Absprachen halten sollten. Das Ölkartell steht nach wie vor unter

starkem Marktdruck. Sinkende Nachfrage und fallende Preise haben die OPEC-Mitglieder zu teilweise erbitterten Marktgegnern gemacht. Das Kartell hat gegenwärtig eine Förderobergrenze von 16 Millionen Barrel pro Tag nach individuellen Quoten vereinbart. Auf dem Weltmarkt lassen sich jedoch nur noch rund 14,5 Millionen Barrel täglich absetzen. Einige OPEC-Länder unterboten deshalb den Richtpreis oder überschreiten die vereinbarte Förderquote.

Der Plan der schwankenden Förderquoten, der gegenwärtig diskutiert wird, sieht nach Angaben aus OPEC-Kreisen Anpassungen der Förderung an die saisonale Marktlage vor. Dies würde für die Sommermonate eine niedrigere Produktion bedeuten. Im Winter dagegen könnte sie entsprechend der Nachfrage gesteigert werden. Das ganze sollte dann von der Kontrollorganisation überwacht werden.

Das Tagungshotel in der Wiener Innenstadt ist von der Polizei stark abgesichert. Gepäckstücke der Gäste werden kontrolliert, und jeder Besucher muss, wie an einem Flughafen, einen Sperrbogen durchschreiten. Ausserdem stehen Antiterrorereinheiten der Polizei in Bereitschaft.

## KOMMENTAR

Immer wenn es um die Erhöhung der Mandatszahl im Landtag geht, greift die VU bei der Verteidigung ihrer anhaltenden Nein-Position hart in die Tasten. Nach der Einreichung der FBP-Motion, also eines parlamentarischen Vorstosses, um die Regierung zur Vorlage einer Änderung der bestehenden Verfassungs- oder Gesetzesbestimmungen zu veranlassen, spricht die Mehrheitspartei von «gewollter Provokation», wie wenn es eine ungewollte Provokation gäbe. Ausserdem bemängelt sie, dass die «VU vor vollendete Tatsachen gestellt» worden sei.

### Angebot der Verhinderungspartei

Genau besehen, liegen freilich noch lange keine vollendeten Tatsachen vor, wenn der Landtag die Regierung beauftragt, die entsprechenden gesetzlichen Änderungswünsche zur Beratung und Verabschiedung vorzulegen. Die VU wusste allerdings so gut wie die FBP, dass die Zeit für eine Erhöhung der Mandatszahl im Landtag äusserst knapp wird, sofern ein entsprechender Vorstoss nicht mehr vor den Sommerferien in Angriff genommen wird. Deshalb hat sie die Zeit für eine Antwort auf das FBP-Angebot zu zwischenparteilichen Gesprächen weitgehend verstreichen lassen, ohne sich dazu zu äussern. Dass sie nun geltend macht, dass der letzte der von der FBP vorgeschlagenen Termine nicht abgewartet worden sei vor der Einreichung der Motion, erhärtet den Verdacht des Zeitverzögerns. Es wird für die VU nicht einfach sein, eine plausible Erklärung dafür zu finden, dass der VU-Landesvorstand zwei Wochen nach dem Angebot des FBP-Parteipräsidenten tagte, ohne auf diese wichtige Angelegenheit einzutreten.

Ebenso dürfte es schwierig sein, der Öffentlichkeit zu erklären, weshalb sie die Überweisung der Motion verhinderte, gleichzeitig aber ein Angebot unterbreitete, gemeinsam eine umfassende Parlamentsreform - ohne jeden Zeitdruck natürlich, also nicht mehr vor den nächsten Wahlen - anzugehen.

Ein derartiges Angebot liegt von FBP-Seite schon seit Jahren vor, ohne dass die VU sich darum kümmerte. Denn bereits 1977 war die FBP an die VU um die Erhöhung der Mandatszahl auf 25 Sitze herangetreten, und hatte - nachdem die VU diesem Anstoss eine klare Absage erteilte - eine Reform des Parlaments vorgeschlagen. Damals war eine Landtagskommission bestellt worden, die indessen nie richtig tagte, sich wenigstens nie mit der Frage einer Parlamentsreform auseinandersetzte. Der Grund dafür liegt darin, dass seit 1978, als die Union die Mehrheit im Parlament erreichte, diese Kommission stillschweigend übergegangen, nicht mehr neu bestellt wurde.

Weshalb also ein Angebot auf ein gleiches Angebot, das die VU nie ernsthaft in Erwägung zog. Die Liste der Verweigerungen ist lang: Die VU wollte 1977 keine Mandatszahlerhöhung, sie nahm die Arbeit in der Parlamentsreformkommission nie richtig auf, reichte im letzten Dezember auf schnellstem Wege eine Volksinitiative ein, als der Vorstoss der FBP zur Mandatszahlerhöhung bekannt war - wobei sie sich ausrechnen konnte, dass keine der beiden Initiativen eine Mehrheit auf sich vereinigen könnte.

Und jetzt dieses Angebot, ohne Zeitdruck auf eine Parlamentsreform hinzuwirken? Das Angebot braucht nicht einmal angenommen werden, denn es besteht, freilich von FBP-Seite, wenigstens schon seit acht Jahren. (G.M.)

## Explosionsunglück in Norwegen

Oslo (AP) Bei einer Explosion in einer Ammoniakfabrik ist am Samstag in der norwegischen Stadt Porsgrunn ein Techniker ums Leben gekommen. Zwei Betriebsangehörige erlitten lebensgefährliche Brandverletzungen. An den Werkgebäuden entstand zum Teil beträchtlicher Schaden.